
Vorsitz: Finnland**566. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 10. Dezember 2008

Beginn: 10.05 Uhr
Schluss: 11.50 Uhr

2. Vorsitz: M. Kangaste

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

Gaslieferungen im Kaukasus: Russische Föderation (Anhang 1), Georgien, Vorsitz

Punkt 2 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG

(a) *Vortrag von Botschafter Jorge Urbina, Vorsitzender des Ausschusses des VN-Sicherheitsrats nach Resolution 1540:* Vorsitz, J. Urbina (FSC.DEL/190/08 OSCE+), Frankreich, Türkei, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 2), Deutschland, Finnland, R. Cupitt

(b) *Vortrag von Botschafter Lubomir Kopaj, OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine, zum Projekt mit dem Titel „Unterstützung für die ukrainische Regierung bei der Sanierung der mit explosiven Kampfmittelrückständen kontaminierten Gebiete unweit der Städte Kertsch, Sewastopol und Bila Zerkwa“:* Vorsitz, OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine (FSC.FR/4/08 OSCE+), A. Savelyev, Ukraine, FSK-Koordinator für Projekte betreffend Lagerbestände konventioneller Munition (Dänemark)

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

(a) *Unterstützung Ungarns für Zypern bei der geplanten Zerstörung von MANPADS:* Ungarn

(b) *Verabschiedung der Ministerratsbeschlüsse Nr. 11/08 und 13/08: Vorsitz*

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 17. Dezember 2008, 10.00 Uhr im Neuen Saal



566. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 572, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Werte Kollegen,

wir möchten Sie auf eine äußerst dringende humanitäre Frage aufmerksam machen, die auch einen Bezug zur Aufgabe der Aussöhnung und der Wiederherstellung des Vertrauens und der Sicherheit in Transkaukasien hat und deshalb zweifellos in den Zuständigkeitsbereich des OSZE-Forums fällt. Es handelt sich um das Problem der Gasversorgung Südossetiens angesichts des hereinbrechenden Winters. Während des Angriffs auf Zchinwal im August sperrte Georgien eine Gasleitung, über die die südossetische Bevölkerung mit russischem Erdgas versorgt wurde. Seither wird kein Gas mehr geliefert. Wohngebäude, Schulen, Krankenhäuser und andere öffentliche Einrichtungen können nicht geheizt werden. In dieser Situation wurden unter wesentlicher Beteiligung Russlands Notmaßnahmen getroffen, um Südossetien mit Flüssiggas zu versorgen, in der Republik wurden einige neue Gastankstellen eröffnet, russische Firmen arbeiten fieberhaft am Bau einer neuen Gasleitung direkt aus Nordossetien, doch wird dieses Projekt, das unter schwierigsten Bedingungen im Hochgebirge durchgeführt wird, erst Mitte 2009 abgeschlossen sein. Für eine Normalisierung der Lage sind daher unverzügliche Maßnahmen erforderlich.

Die georgischen Behörden verweisen üblicherweise darauf, dass die Gasleitung im Zuge der Ereignisse vom August beschädigt wurde. In diesem Zusammenhang teilen wir mit, dass die Gasinfrastruktur Südossetiens, auf dessen Territorium sich auch der Großteil der Kampfhandlungen abspielte, vollständig wiederhergestellt ist. Wir haben keine genauen Informationen über den Zustand der Gasleitung auf dem Abschnitt zwischen der Stadt Gori und der Grenze Südossetiens. Dieses Gebiet steht unter der Kontrolle der georgischen Behörden. Wenn es dort aber wirklich Beschädigungen gibt, dann möchte ich die georgische Delegation fragen, was in den vier Monaten seit Beendigung der Kampfhandlungen konkret unternommen wurde, um sie zu beseitigen, und wann die Gasleitung wieder normal in Betrieb gehen wird. Dass wir auf diese Fragen keine klaren Antworten bekommen, lässt darauf schließen, dass wir es mit einer vorsätzlichen Blockade zu tun haben.

In diesem Zusammenhang ist es angebracht, Parallelen zur Situation auf dem Balkan in der ersten Hälfte der 90er-Jahre zu ziehen. Für die gesamte Dauer des Bosnien-Konflikts stellte die Russische Föderation praktisch kostenlos, auf Kredit, die Versorgung der moslemisch-kroatischen Föderation mit ihrem Erdgas über eine Pipeline sicher, die durch Serbien führt. Und Slobodan Milošević, den später der Internationale Strafgerichtshof

schwerer Menschenrechtsverletzungen beschuldigte, hat niemals versucht, die Gasversorgung gezielt dazu zu verwenden, um auf eine der Konfliktparteien Druck auszuüben. Das derzeitige georgische Regime hat sich jedoch, nach den objektiven Fakten zu urteilen, in einer vergleichbaren Situation ganz bewusst für eine vollkommen andere Vorgehensweise entschieden. Wenn die georgische Seite mit dieser Beurteilung nicht einverstanden ist, dann sollte sie schnellstens alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um die Gasversorgung Südossetiens wiederherzustellen. Es muss betont werden, dass dieses Problem neben der moralischen und humanitären Dimension auch einen politischen Aspekt hat. Wie kann von Aussöhnung oder von der Wiederherstellung auch nur eines Mindestmaßes an Vertrauen in der Region die Rede sein, wenn die Südosseten sehen, dass die georgischen Behörden Kindern, alten Menschen, Krankenhauspatienten und anderen besonders verletzbaren Bevölkerungsgruppen die Wärmeversorgung vorenthalten?!

Wir müssen auf noch einen Aspekt zu sprechen kommen. Es verwundert, dass die anderen Delegationen schweigen, obwohl sie über die derzeitige Lage Bescheid wissen müssten. Es sei daran erinnert, dass wir diese Frage schon mehrmals angesprochen haben, unter anderem in der Sitzung des Ständigen Rates vom 20. November, und danach auf dem Ministerratstreffen in Helsinki am 5. Dezember. Steht denn die OSZE-Gemeinschaft den humanitären Problemen der südossetischen Bevölkerung tatsächlich absolut gleichgültig gegenüber? Wir möchten die Kollegen bitten, insbesondere aus den Ländern der Europäischen Union, aber auch aus den USA, sich dazu zu äußern und dadurch der georgischen Seite zu helfen, die einzig richtige Entscheidung zu treffen.

Sollte sich die Lage in den nächsten Tagen nicht ändern, wären wir gezwungen, in der nächsten Sitzung des OSZE-Forums in einer Woche wieder auf dieses Thema zurückzukommen. Wir hoffen, dass uns unsere Partner richtig verstehen: Es ist jetzt einfach keine Zeit für langwierige Debatten. In der Region herrscht Winter. Das Problem muss ohne weitere Verzögerung gelöst werden.

Wir möchten Sie ersuchen, Herr Vorsitzender, diese Erklärung dem Sitzungsjournal beizufügen.



566. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 572, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Danke, Herr Vorsitzender. Die US-Delegation möchte so wie andere Redner Botschafter Jorge Urbina, dem Vorsitzenden des Ausschusses zu Resolution 1540, für den wichtigen und relevanten Vortrag von heute danken.

Wie viele von Ihnen wissen, haben die Vereinigten Staaten im September 2003 dazu beigetragen, die spätere Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UNSCR 1540) zu initiieren; damals sagte unser Präsident: „Heute ersuche ich den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, eine neue Resolution zur Nichtverbreitung zu verabschieden ... (die) Vereinigten Staaten sind bereit, anderen Staaten dabei zu helfen, diese neuen Gesetze zu verfassen und sie beim Vollzug der Gesetze zu unterstützen.“ Resolution 1540 ist eine einzigartige und vielversprechende Initiative, die viel erreicht hat, und dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1540 kommt eine wichtige Rolle bei der Förderung der Umsetzung der Resolution zu. In den Geltungsbereich dieser Resolution fallen auch terroristische Aktivitäten, doch liegt ihr Hauptzweck in der Abdeckung des gesamten Spektrums von Verbreitungsaktivitäten, einschließlich nichtstaatlicher Akteure, die Dienste im Zusammenhang mit der Verbreitung leisten. Die Resolution verlangt von den VN-Mitgliedstaaten auch die Verabschiedung konkreter Maßnahmen, um Aktivitäten zu einem strafrechtlichen Tatbestand zu machen, die zur Verbreitung beitragen können oder sie unterstützen. In diesem Kontext wird die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) auch weiterhin, so wie schon jetzt, eine wichtige regionale und internationale Rolle spielen.

Die Vereinigten Staaten sehen die Umsetzung von UNSCR 1540 als wesentliches Element in unseren umfassenden und globalen Anstrengungen zur Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW), sodass diese tödlichen Waffen nicht in die Hände von Terroristen gelangen. Wenn UNSCR 1540 vollständig umgesetzt wird, kann dies dazu beitragen, dass alle Staaten geeignete Gesetze und Vollzugsmechanismen an der Hand haben, um die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern und jene zur Verantwortung zu ziehen, die derartige Aktivitäten setzen.

Die Umsetzung von UNSCR 1540 bietet klaren Nutzen und Vorteile für die Sicherheit. Darüber hinaus dient die Resolution den wirtschaftlichen Interessen von Staaten, die wichtige Lieferanten von Gütern und Dienstleistungen auf globaler Ebene sein wollen, darunter die Vereinigten Staaten. Alle Staaten sollten die universelle Umsetzung von UNSCR 1540 als Chance zur Verbesserung der internationalen Sicherheit und zur Förderung des

Welthandels unter Beibehaltung hoher Sicherheitsstandards sehen. Wenn jeder Staat geeignete und effizientere Maßnahmen ergreift, um die grenzüberschreitende Bewegung von MVW-verwandten Gegenständen zu kontrollieren, kann er

- mehr Sicherheit bei seinen Handelspartnern schaffen, dass der Handel nicht illegale Aktivitäten unterstützen wird,
- aufgrund dieser Sicherheit mehr Zugang zu fortschrittlichen Technologien bekommen,
- den Handel vor Diebstahl und anderen Formen der missbräuchlichen Verwendung besser schützen und
- den Unternehmen dabei helfen, wettbewerbsfähigere Managementtechniken einzusetzen, um zu wissen, wer ihre Kunden sind, und ihre Produkte weiterzuverfolgen.

In Resolution 1810, mit der 2008 das Mandat des Ausschusses 1540 verlängert wurde, werden die Realitäten und die komplexen Maßnahmen anerkannt, die von den Staaten gesetzt werden müssen, um die Bestimmungen von UNSCR 1540 vollständig umzusetzen, und es wird die Bereitschaft des VN-Sicherheitsrats ausgedrückt, diesen Prozess zu unterstützen. Wir sprachen uns für eine großzügigere Verlängerung und für eine Erweiterung des Ausschussmandats aus, um die Anliegen von Staaten zu berücksichtigen, die von der Tätigkeit des Ausschusses 1540 profitieren. Insbesondere stellten sie uns gegenüber klar, dass eine besser koordinierte, besser finanzierte und weniger exklusive Vorgehensweise in Bezug auf die Tätigkeit des Ausschusses 1540 erforderlich sei. Der Ausschuss 1540, der gemäß Resolution 1810 weitere 3 Jahre arbeiten wird, soll mit den Staaten als effiziente Clearingstelle (unter Verwendung der von den Staaten erhaltenen Informationen) zusammenarbeiten und in der Folge darangehen, Kapazitäten aufzubauen. Das entspricht unseren Bemühungen, mithilfe dieser neuen Resolution die Tätigkeit des Ausschusses offen und transparent zu gestalten. Wir meinen, dass auf diese Weise die Staaten dabei unterstützt werden können, ihren Verpflichtungen aus Resolution 1540 nachzukommen und zu gewährleisten, dass sie in größtmöglichem Umfang Zugang zu bestehenden Unterstützungsprogrammen haben.

Um die Bedeutung zu veranschaulichen, die wir der Umsetzung von UNSCR 1540 beimessen, streben wir eine breite geographische Ausweitung der Globalen Partnerschaft der G8 gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und verwandtem Material an, um Bedrohungen durch Massenvernichtungswaffen weltweit zu begegnen, was ausländische Hilfe in Unterstützung der Ziele von UNSCR 1540 mobilisieren wird. Die Vereinigten Staaten haben diese Bemühungen zur Umsetzung in anderen Staaten durch eine Fülle von Mechanismen unterstützt, auch durch finanzielle Mittel und Fachwissen für Konferenzen zum Thema 1540 und Outreach, durch umfangreiche technische Hilfe und durch nachdrückliche Befürwortung dieser Bemühungen in den jährlichen Gipfelerklärungen der G8. Die USA leisten auf globaler Ebene technische Hilfe auf dem Gebiet der Nichtverbreitung, dazu gehören folgende, mit UNSCR 1540 verbundene Themenbereiche: Gesetze/Verordnungen, Lizenzen, Outreach-Programme von Regierungen für die Wirtschaft und Gesetzesvollzug. Darüber hinaus gibt es noch weitere US-Projekte in Zusammenhang mit UNSCR 1540 zur Verhinderung der Weitergaben von potenziell proliferationsfähigem Material an nichtstaatliche Akteure, zur Unterstützung der Staaten bei der Ausarbeitung und Umsetzung von effizienten

Exportkontrollen und zur Sicherung von potenziellem Proliferationsmaterial, womit sich die Gesamtmittel der USA in diesem Bereich auf mehr als 2 Mrd. Dollar jährlich belaufen.

In Unterstützung dieser Ziele begrüßen es die Vereinigten Staaten, dass nun der Bericht des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1540 (2004) (der Ausschuss 1540) über die Durchführung der Resolution 1540 durch die Staaten vorliegt. Der Bericht, den der Ausschuss gemäß Resolution 1810 (2008) dem Sicherheitsrat zuleitete und den der Vorsitzende des Ausschusses, Botschafter Jorge Urbina aus Costa Rica, dem Sicherheitsrat vorstellte, nennt eine Reihe von konkreten Maßnahmen, die von den Staaten in Umsetzung von Resolution 1540 ergriffen wurden. Er enthält auch wichtige Empfehlungen für die Arbeit des Ausschusses im Rahmen des sich über drei Jahre erstreckenden Mandats des Ausschusses gemäß Resolution 1810 (2008). Wie der Bericht des Ausschusses 1540 zeigt, kann Resolution 1540 bei einer vollständigen Umsetzung dazu beitragen, dass alle Staaten über entsprechende Gesetze und Vollzugsmechanismen verfügen, um die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern und jene zur Verantwortung zu ziehen, die derartige Aktivitäten setzen. Der Ausschuss kann seinerseits eine Schlüsselrolle bei der Förderung der Umsetzung von Resolution 1540 durch die Staaten spielen, kann dies aber nicht allein tun.

Unter anderem ist dem Bericht zu entnehmen, dass seit 2006

- die Zahl der Staaten, die Maßnahmen gesetzt haben, um die Finanzierung von verbotenen Aktivitäten in Bezug auf nukleare, chemische oder biologische Waffen, ihre Trägersysteme und verwandtes Material zu unterbinden, um das 4-fache angestiegen ist,
- die Zahl der Staaten, die seit 2006 in Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme Maßnahmen zur Verstärkung der Grenz- und Exportkontrollen getroffen haben, spürbar angestiegen ist.

Der Bericht weist auch darauf hin, dass

- das Thema Verhütung der Herstellung/Produktion und des Erwerbs von biologischen Waffen, ihrer Trägersysteme und verwandten Materials durch nichtstaatliche Akteure als ein Problem erkannt wurde, das mehr konkrete Aufmerksamkeit erfordert,
- die Zahl der Staaten, die Maßnahmen gegen die Erbringung von Transportdienstleistungen für illegale Handelstransaktionen im Zusammenhang mit Massenvernichtungswaffen gesetzt haben, trotz eines signifikanten Anstiegs seit 2006 insgesamt gesehen immer noch sehr gering ist,
- zwar die Zahl der Staaten angestiegen ist, die in Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme Maßnahmen zur Verstärkung der Grenz- und Exportkontrollen ergriffen haben, es jedoch nicht ausreicht, Gesetze zu verabschieden und Verordnungen zu erlassen. Ein wirksamer Vollzug auf innerstaatlicher Ebene, glaubwürdige Kontrolllisten von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck, geeignete Umsetzungs- und Vollzugsmaßnahmen, effiziente Ausbildung von Vollzugsbeamten und Informationsaustausch sind unerlässlich, um mithilfe des Ausschusses 1540 die Ziele von UNSCR 1540 zu erreichen.

Der Ausschuss 1540 und seine Sachverständigengruppe haben in den letzten Jahren sehr nützliche Arbeit geleistet, wie es im Bericht 2008 des Ausschusses an den Sicherheitsrat zusammenfassend heißt. Im Bericht sind vier Aufgaben für 2009 aufgeführt, die von der OSZE übernommen werden können, um die Kapazitäten des Ausschusses zur Umsetzung seiner Ziele innerhalb der gegenwärtigen Verlängerungsperiode gemäß Resolution 1810 wesentlich zu verbessern:

1. Die Verpflichtung, zumindest die Einleitung und zwei Kapitel des Praxisleitfadens fertigzustellen – die Outreach-Aktivitäten haben mehr als alles andere gezeigt, dass ein auf regionaler Ebene gebilligter Überblick für Außenministerien und ressortübergreifende Gruppen ein wichtiger Schritt ist, um jenen Personenkreis entsprechend zu schulen, der mit der eigentlichen Ausarbeitung und Verabschiedung der Gesetze betraut ist.
2. Ein regionaler Datenaustausch auf Ebene der 56 zu allen Berichten und Matrizen, eine Diskussion darüber unter den Partnern der Organisation und die Weiterleitung als regionaler Beitrag wird die Anstrengungen des in New York ansässigen Ausschusses ergänzen.
3. Benennung einer zentralen OSZE-Verbindungsstelle zum Ausschuss 1540, die eine Liste von regionalen Experten zur Mitarbeit an der technischen Durchführung von 1540-Fragen erstellen kann, sowie nationaler Kontaktstellen für die Durchführung von 1540 auf Ebene der Hauptstädte. Wir würden Sie gerne fragen, ob auch Ihnen diese Maßnahmen der OSZE sinnvoll erscheinen, und wenn ja, warum?
4. Nutzung der Synergien, die in früheren Diskussionen aufgezeigt wurden und die 2006 beim OSZE-Workshop zum Thema 1540 noch nicht so offenkundig waren – IAEA, UNODC und die Elemente des Ständigen Rates, die die Überschneidungen von UNSCR 1540 mit der Gruppe Terrorismusbekämpfung (ATU) ergänzen, sowie jene der Gruppe Grenzmanagement mit unseren Feldmissionen.

Auf dem weiteren Weg freuen sich die Vereinigten Staaten auf Konsultationen innerhalb der OSZE, im Kreise unserer Partner und mit anderen Bündnispartnern, um Nutzen aus der vollständigen Durchführung von UNSCR 1540 zu ziehen, und hoffen, dass die heutige Sitzung dazu beitragen kann, dass der wichtige Konnex zwischen Nichtverbreitung und Terrorismus 2009 sowohl im FSK als auch im Ständigen Rat einen wichtigen Platz in der OSZE-Agenda einnimmt.

Danke, Herr Vorsitzender.

Wir ersuchen, den vollen Wortlaut dieser Erklärung dem heutigen Journal beizufügen.